

Soziale Verteidigung

Konflikte gewaltfrei austragen - Militär und Rüstung abschaffen



H4361

Rundbrief Nr. 3/2019 des Bund für Soziale Verteidigung

Ziviles Peacekeeping: Dicke Bretter bohren

„Ziviles Peacekeeping in der Umsetzung: Bestandsaufnahme nach zwei Jahren Leitlinien der Bundesregierung“ - unter diesem vielversprechenden Titel lud der Unterausschuss „Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Vernetztes Handeln“ des Bundestages zu einer öffentlichen Anhörung am 24. Juni 2019 ein. Da der Unterausschuss sich schon drei Jahre davor, am 14. März 2016, mit dem Thema Ziviles Peacekeeping befasst hatte, hofften die Zuhörer*innen auf ein Update. Damals waren mit Rachel Julian von der Universität Leeds und Tiffany Easthom von der Nonviolent Peaceforce zwei ausgewiesene Expertinnen für das Thema eingeladen worden, ergänzt durch den stellvertretenden Leiter der OSZE-Beobachtermission in der Ostukraine, Alexander Hug. Es war damals klar, dass über strikt unbewaffnete Einsätze durch zivile Fachkräfte gesprochen werden sollte, die mit einem klaren Fokus auf den Schutz der Zivilbevölkerung arbeiten und gegenüber dem im Einsatzgebiet bewaffnet ausgetragenen Konflikt eine neutrale Position einnehmen.

Nun lagen zwischen den beiden Unterausschusssitzungen aber nicht nur gut drei Jahre, sondern auch eine Bundestagswahl mit einer Veränderung der Zusammensetzung des Unterausschusses und mit den im Auswärtigen Amt üblichen personellen Veränderungen. Und wer sucht schon in einem Archiv nach Protokollen von früheren Sitzungen? Außerdem war eigentlich eine allgemeine Bestandsaufnahme der 2017 verabschiedeten Leitlinien zur Krisenprävention¹ geplant, so dass die Vorbereitungszeit auf das spezielle Thema sehr kurz war. Wegen des Bezugs zu den Leitlinien, in denen an einer Stelle – nicht zuletzt wegen der Anhörung von 2016 – das Thema unbewaffnetes Ziviles Peacekeeping explizit genannt wird, gab es zunächst ein Statement aus dem Auswärtigen Amt. Der Referent ging aber

nur am Rande auf Ziviles Peacekeeping ein, redete stattdessen über zivile Kräfte im UN-Peacekeeping, also in Blauhelmissionen, die Entsendung dieser Kräfte über das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) und die „responsibility to protect“. Auch die erste der zwei eingeladenen wissenschaftlichen Expertinnen, Carina Böttcher von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, redete über UN-Peacekeeping, das Thema „Schutz der Zivilbevölkerung“ in diesen Missionen (die ja überwiegend aus militärischem Personal bestehen) und die deutsche Beteiligung an diesen Missionen sowie über zivile Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU. In diesem Zusammenhang erwähnte sie auch den Schutz vor Terrorismus und illegaler Migration, also den Schutz der EU-Bürger*innen gegen Bedrohungen von außen, was nun wirklich mit dem Begriff Peacekeeping nicht das Geringste zu tun hat.

Erst die zweite wissenschaftliche Referentin, die BSV-Geschäftsführerin Christine Schweitzer, konzentrierte sich auf das, was international unter dem Begriff „Ziviles Peacekeeping“ verstanden wird: „Ziviles Peacekeeping (oder Unbewaffneter Ziviler Schutz – Unarmed Civil Protection, wie dieser Ansatz im Englischen heute heißt) basiert darauf, dass unbewaffnete, ausgebildete zivile Fachkräfte in einem Konfliktgebiet eine ständige Präsenz aufbauen. Sie verbinden Aktivitäten, die direkt der Gewaltprävention dienen, mit solchen, bei denen es darum geht, Konfliktparteien zusammenzubringen und die Fähigkeiten lokaler Gemeinschaften zu stärken, Gewalt-Eskalationen zu widerstehen.“

Nun hätte die Diskussion zwischen den Abgeordneten und den eingeladenen Expert*innen, die im Unterausschuss üblicherweise auf die Inputs folgt, an



Das Logo der neuen Kampagne von LOVE-Storm gegen Hass im Netz.



Die Friedenskooperative sammelt Unterschriften gegen einen Krieg gegen den Iran. Sie findet sich hier: www.friedenskooperative.de



Poster der internationalen Konferenz der War Resisters' International, die Ende Juli in Kolumbien stattfand.

Diesmal u.a.

**Ziviles Peacekeeping im Bundestag
LOVE-Storm: Für ein Netz ohne Hass
Beschäftigung mit „deutscher Identität“
u.a.m.**

¹ Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern. Dort heißt es auf Seite 21: Die Bundesregierung unterstützt die Weiterentwicklung ziviler Ansätze im Rahmen des R2P-Konzeptes und der Reform der VN-Architektur zur Friedensförderung, wie sie vom High-Level Independent Panel on United Nations Peace Operations gefordert werden. Dabei fördert sie insbesondere Ziviles Peacekeeping als erprobte Methodik, um Menschen vor Gewalt und schweren Menschenrechtsverletzungen zu schützen.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Fortsetzung von Seite 1

mit Sorge blicken wir wohl alle auf die kommenden Monate. Gleich mehrere Krisen mit potenziell weltweiten Auswirkungen bedrohen den Frieden: Schon das zweite Mal in diesem Jahr sind die Spannungen zwischen Indien und Pakistan an einem gefährlichen Punkt angekommen. Der Iran-Konflikt droht immer mehr zu eskalieren. Und in Europa wird immer mehr Geld für die Rüstung ausgegeben, mit „Russland“ als der Begründung für die Aufrüstung, deren Gewinner nur einer ist: die europäische Rüstungsindustrie, die sich über volle Auftragsbücher freuen darf. Zivile Konfliktbearbeitung droht ins Hintertreffen zu geraten. Das Trauerspiel, das wir jüngst im Unterausschuss Zivile Krisenprävention zum Thema „Ziviles Peacekeeping“ erleben mussten (s. den Artikel von Ute Finckh-Krämer in diesem Rundbrief), ist da symptomatisch.

In diesem Rundbrief geht es u.a. außerdem um unser Projekt „LOVE Storm“, um eine internationale Konferenz der War Resisters' International in Kolumbien, deren Mitglied der BSV ist, und um einen in Indien entwickelten Workshopansatz, sich mit nationalen Identitäten auseinanderzusetzen.

Wir wünschen allen Leser*innen eine gute Lektüre und einen aktiven Herbst! Wir würden uns freuen, Sie/Dich auf den regionalen Kundgebungen zum Antikriegstag am 1. September oder bei unserem Fachgespräch zu Syrien zu treffen!

Christine Schweitzer
für das BSV-Team



Der Unterausschuss bei einer früheren Sitzung. Foto: Website von Kathrin Vogler, <https://www.kathrin-vogler.de/>

diese Definition anknüpfen können. Leider geschah das nicht. Auch wenn einige Fragen und Antworten durchaus interessant waren – z.B. zu Haushaltsmitteln im Bundeshaushalt für Zivile Krisenprävention/Zivile Konfliktbearbeitung, zum geplanten nationalen Kompetenzzentrum für zivile EU-Missionen bzw. das dafür benötigte nationale Personal und seine Ausbildung, zum Zivilen Friedensdienst oder zum Frauenanteil an allen Formen ziviler Aktivitäten in Konfliktregionen – wurde deutlich, dass die Mehrheit der Abgeordneten keine klare Vorstellung davon gewonnen hatte, was Ziviles Peacekeeping ist und welche Grundideen dahinter stecken.

Wir stehen offensichtlich vor dem Problem, dass Ministerialbeamt*innen und Abgeordnete sowohl beim Adjektiv „zivil“ als auch beim Substantiv „peacekeeping“ andere Assoziationen haben als diejenigen, die seit Jahren mit der Arbeit der Peace Brigades International oder der Nonviolent Peaceforce vertraut sind. Das liegt nicht zuletzt daran, dass das deutsche Wort „zivil“ nicht genau dem englischen Wort „civil“ entspricht. Denn „civil“ hat nicht nur die Bedeutung „zivil“ im Sinne von nicht-militärisch, sondern auch die Bedeutung bürgerlich. Die „civil society“, die als „Zivilgesellschaft“ ins Deutsche übersetzt wurde, bedeutet eigentlich „Bürgergesellschaft“.

Auf der Peacekeeping-Website der Vereinten Nationen findet sich folgender Satz: „Peacekeeping has unique

strengths, including legitimacy, burden sharing, and an ability to deploy and sustain troops and police from around the globe, integrating them with civilian peacekeepers to advance multidimensional mandates.“² Hier sind „civilian peacekeepers“ nichts anderes als die zivilen Expert*innen, die den zivilen Teil von überwiegend militärischen Blauhelm-Missionen bilden. Die Nonviolent Peaceforce hat daher inzwischen den Begriff „unarmed civilian peacekeeping“ durch „unarmed civilian protection“ ersetzt, um ihre Arbeit begrifflich besser von den zivilen Anteilen militärisch dominierter UN-Missionen abzugrenzen. Das ergibt praktischer Weise dieselbe Abkürzung UCP. Und ist inzwischen auch in mehreren UN-Berichten aus jüngerer Zeit erwähnt. So findet sich in der 2015 veröffentlichten ausführlichen Studie von UN WOMEN zur Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates³ auf S. 153 ein ganzer Abschnitt zu unarmed civilian protection.

Um in Deutschland das Thema Ziviles Peacekeeping bekannter zu machen, ist es daher wichtig, nicht einfach den Begriff irgendwo zu platzieren, sondern immer eine kurze Erläuterung damit zu verbinden. Und einige konkrete Beispiele. Damit es nicht wieder zu derartigen Missverständnissen kommt wie bei der Anhörung am 24. Juni im Unterausschuss Zivile Krisenprävention.

Dr. Ute Finckh-Krämer ist Vorstandsmitglied im BSV und war in der letzten Legislaturperiode Mitglied des Bundestags für die SPD.

² <https://peacekeeping.un.org/en/what-is-peacekeeping>, eingesehen am 5.8.2019

³ Preventing Conflict, Transforming Justice, Securing the Peace, <http://www.unwomen.org/~media/files/un%20women/wps/highlights/unw-global-study-1325-2015.pdf>, eingesehen am 5.8.2019

Kriegsgefahr im Mittleren Osten

Irakrise: Vermitteln statt eskalieren

Christine Schweitzer

Kaum ein Tag vergeht, ohne dass neue Meldungen zur Irakrise durch die Medien gehen. Es begann mit der Kündigung des Atomabkommens durch die USA und den letztendlich weitgehend ineffektiven Versuchen der anderen Vertragspartner, das Abkommen zu erhalten.

Dann kam im Juni die Eskalation mit angeblich vom Iran durchgeführten Angriffen auf Schiffe im Persischen Golf und dem Versuch der USA, eine „Koalition der Willigen“ zu schmieden, um den Schiffahrtsweg in der Straße von Hormus zu beschützen. Dass die Bundesregierung (anders als Großbritannien) eine Beteiligung an einer solchen Militärmission ablehnte, war zu begrüßen, aber die Frage bleibt, ob die jetzt angedachte europäische Beobachtungsmission wirklich nur der Beobachtung dienen oder doch ein Mandat haben wird, das auch ihr militärisches Eingreifen – mit allen Eskalationsrisiken – erlaubt.

Es genügt nicht, darauf zu hoffen, dass die Vermutung richtig sei, dass Präsident Trump keinen Krieg gegen den Iran wolle. Seine Vernichtungsdrohungen gegen das Land („Wenn Iran kämpfen will, wird das das offizielle Ende Irans sein“) bergen ein hohes Eskalationsrisiko. Nicht nur wegen dessen notorischer Unberechenbarkeit, sondern auch, weil Krisen Eigendynamiken entfalten können. Oder es wird von einer Seite, die aus innenpolitischen, geostrategischen und ökonomischen Interessen den Krieg will, schlicht eine Bedrohung erfunden, die man später als „Irrtum“ wieder zurücknimmt. Historische Beispiele hierfür gibt es, man denke an den Irakkrieg 2003 oder Vietnam 1964. Sei es eine angebliche Entdeckung, dass der Iran schon eine Atomwaffe im Besitz habe, oder sei es eine Bedrohung Israels durch den Iran.

Gerade letzteres könnte die öffentliche Meinung schnell pro Krieg umschwenken lassen, wie im Irakkrieg 1991 beobachtet werden konnte, als der Angriff westlicher Truppen auf den Irak, um ihn aus dem zuvor besetzten Kuwait zu vertreiben, dazu führte, dass der Irak Raketen auf Israel abfeuerte.

Die Irakrise und die Frage der Atomwaffen

Die Irakrise kann nicht getrennt gesehen werden von der Frage der Atomwaffen generell. Die Welt zerfällt in jene Staaten, die Atomwaffen haben (mit Billigung der Weltmächte oder ohne sie), und jene, die nicht über sie verfügen. Letztere haben Grund für die Wahrnehmung, dass der Besitz solcher Waffen die Weltmächte von militärischen „Interventionen“ abhält. Nordkorea ist das jüngste Beispiel dafür. Das wird dazu führen, dass immer mehr Staaten nach der A-Bombe streben. Früher oder später wird, sofern es kein Umdenken bei der Frage der Atomwaffen gibt, irgendein Staat oder eine terroristische Vereinigung diese Waffen auch einsetzen. Deshalb gibt es nur eine Antwort: Atomwaffen müssen geächtet und aus der Welt geschafft werden – die amerikanischen, russischen, französischen, britischen ebenso wie die israelischen, nordkoreanischen, pakistanischen und indischen. Diese atomwaffenbesitzenden Länder und ihre Alliierten (etwa in der NATO wie auch Deutschland) müssen sich endlich bereit erklären, den Atomwaffen-Verbotsvertrag zu unterzeichnen.

Wir brauchen Protest und Vermittlungsbemühungen

Die Bundesregierung setzt bislang zusammen mit einigen Partnern in Europa darauf, die Krise zu deeskalieren. Darin sollte sie unbedingt bestärkt werden. Gerade Deutschland wäre in einer guten Position, als Vermittler tätig zu werden: Es hat wenige eigene Interessen in der Region, gute Beziehungen zu zwei Konfliktparteien – den USA und Israel – sind seit Jahrzehnten Grundlage deutscher Außenpolitik, und es hat das wirtschaftliche und politische Gewicht, gehört zu werden. Um die Bundesregierung auf diesem Pfad zu halten, aber auch, und um sie dazu zu bringen, den Atomwaffen-Verbotsvertrag zu unterzeichnen, brauchen wir ein starkes Signal aus der Zivilgesellschaft.

Die vom Netzwerk Friedenskooperative



Reaktor IR-40, Teil der kerntechnischen Anlage in Arak. Foto: Nanking2012 - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

(www.friedenskooperative.de) initiierte Unterschriftensammlung könnte ein Anfang sein. Entscheidend ist, das Nein gegenüber einem neuen Krieg in der eigenen Umgebung sichtbar zu machen: Gespräche und Unterschriftensammeln beim Nachbarschaftstreff oder im Sportverein, Kontaktaufnahme mit der lokalen „Fridays For Future“-Bewegung zum Zusammenhang zwischen Umweltkrise, Militär und Krieg, ein Aufruf zu Zivilem Ungehorsam im Falle eines Krieges nach Vorbild der – auch vom BSV unterstützten – resist-Kampagne gegen den Irakkrieg 2003 – der Möglichkeiten gibt es viele.

Solche Aktivitäten stärken dann auch jenen Politiker*innen den Rücken, die sich für eine friedliche Lösung in dem Konflikt einsetzen und nehmen den Kriegstreibern den Wind aus dem Rücken.

Christine Schweitzer ist Geschäftsführerin des BSV.

Rundbrief lieber online?

Unser Rundbrief wird kostenlos an unseren Gesamt-Adressverteiler versandt. Wer ihn lieber als PDF beziehen möchte, teile uns das doch per E-Mail an info@soziale-verteidigung.de mit. Und natürlich auch, wer ihn nicht mehr erhalten will.

Die Realität des Militärdienstes

Wie war für dich die Zeit in der Armee?

Outi Arajärvi



Soldaten der US-Armee patrouillieren in Doha (Irak).
Foto: Wikimedia Commons

Mit dieser einfachen Frage wollte die US-Armee auf Twitter Antworten von ehemaligen Soldat*innen sammeln, um sie bei den Feierlichkeiten des Memorial Day - ein US-amerikanischer Feiertag, der jedes Jahr am letzten Montag im Mai zu Ehren der im Krieg für das Vaterland Gefallenen begangen wird - zu verwenden. („How has serving impacted you?“, <https://twitter.com/usarmy/status/1131704927963766785>)

Aber statt lauter Storys, wie toll es ist, mit Kamerad*innen dem Land zu dienen, bekamen sie Antworten von Leuten, die erzählten, wie sie selber oder Freunde und Familie von der US-Armee und den Kriegen, die sie führt, gebrochen wurden und wie dies Freundschaften, Familien und Communities zerstört hat. Anstelle von Lobgesängen auf das Militär brach die schreckliche Realität der weltweit geführten Kriege durch die jährliche Feier des amerikanischen Militarismus am Wochenende des Gedenktages.

Bis zum Abend der Feierlichkeiten gab es über 11.000 Kommentare, so massiv waren die verzweifelten, wütenden oder zynischen Kommentare in den sozialen Medien, dass die Reaktion am Montagabend auch die Mainstream-Nachrichten erreichte, sehr ungewöhnlich an einem Tag, der normalerweise dem Patriotismus und der Armee gewidmet ist. Selbstmorde, Depressionen, Gewalt, wiederkehrende Alpträume, posttraumatische Belastungsstörungen, Drogenmissbrauch, Sucht und Alkoholismus der Veteran*innen, Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch befehls-

habende Offiziere, unzureichende Gesundheitsversorgung, Traumata durch Generationen, Kontakt mit chemischen Mitteln und Kriegsverbrechen werden angeklagt.

Hier eine kleine Auswahl:

„Es hat 3 Generationen, wahrscheinlich mehr, von Männern in meiner Familie zerstört. Es hat sie in Alkoholiker verwandelt, damit sie mit dem giftigen System verantwortlich bist, das sie dann nach Hause getragen und eine emotional gewalttätige Umgebung geschaffen haben, die mich und die Köpfe meiner Brüder versaut haben. Rose“

„Unfähigkeit zu fühlen (außer Wut und Angst), soziales Unbehagen, täglicher Kampf. Mir wurde mehrmals von der VA (Department for Veteran Affairs – Hilfswerk der Armee für Veteranen) gesagt, dass es nicht PTBS oder kampfbezogen ist, also schätze ich, dass es nur in meinem Kopf ist. Ich bin hier und tue mein Bestes, um das Negative nicht in das Leben meiner Kinder zu bringen. Das lohnt sich nicht. NC Cane“

„Ich wurde wie Müll behandelt, sexuell belästigt, ständig von meinem Sergeant gemobbt und hatte in den drei Jahren, in denen ich diente, Angst, als Lesbe geoutet zu werden. Alles in allem war es eine völlig schreckliche und deprimierende Erfahrung. Ich verließ den Dienst wütend, depressiv und bitter. Kat“

„Ich würde meinen Vater fragen, aber er starb an Krebs, der durch Vergiftung von Agent Orange verursacht wurde, als ich 16 war. Es hat seine gesamte Kehle zerstört und ich erinnere mich nicht, wann er mich das letzte Mal geliebt hat. Wir hatten auch nie Feuerwerk und hatten ein strenges Protokoll, um ihn aufzuwecken, damit er uns nicht versehentlich töten würde. Little Raven“

„Mein Vater diente im Desert Storm, nur um mit schwerer PTBS nach Hause zu kommen. Er konnte es nicht ertragen und dachte, Selbstmord sei seine einzige Option.... Ich hatte nie die Chance,

mit ihm eine lebendige Erinnerung zu schaffen. Die Armee hat seitdem absolut nichts mehr getan, um meiner Familie zu helfen. Was es noch schlimmer macht, uns wurde gesagt, dass alle potenziell erstattungsfähigen Leistungen verweigert werden, da er Selbstmord begangen hat. Die Armee hat mir meine Kindheit zur Hölle gemacht, und ich würde nie daran denken, mich zu verpflichten. Rashad“

Auch wenn es nicht überrascht zu lesen, was Krieg mit Menschen macht, ist es doch hart diese Geschichten im sehr kurzen Twitter-Stil auszuhalten. Viele sagen, dass ein Militärdienst keine Option mehr für sie ist. Und tatsächlich hat diese Twitter Thread einer Mutter die Augen geöffnet:

„Als Mutter eines 17-jährigen High-School-Absolventen, der sich kürzlich mit meiner Erlaubnis zum Militär gemeldet hat - diese Antworten machen mir Angst. Was habe ich gerade getan? Kari“

Man kann am Ende nur Frank beipflichten: „Das Beste, was ich sagen kann, ist, sich nicht zu verpflichten.... Bleib draußen, weigere dich, für Öl ... zu kämpfen. Frank“

Outi Arajärvi ist Co-Vorsitzende des BSV.

„Frieden leben“. Friedensbildung in der Schule: praktisch. Eine Tagung für Lehrerinnen und Lehrer

Montag, 18. November 2019, Hackhauser Hof, Solingen

Welche Kompetenzen brauchen meine Schülerinnen und Schüler, um in der Schule den Frieden zu leben? Wie kann ich sie darin bestärken, sich für eine friedlichere Welt einzusetzen?

Die Tagung wendet sich an Lehrerinnen und Lehrer und stellt in verschiedenen Workshops praktische Ansatzpunkte, konkrete Unterrichtsmaterialien und Hintergründe zur Friedensbildung an Schulen vor. Weitere Informationen unter: <http://bit.do/FlyerFriedenLeben>

LOVE-Storm startet Kampagne „Misch dich ein – für ein #NetzohneHass“

Beate Achilles

Die Kampagne ruft Menschen dazu auf, Stellung gegen Hetze und Hassangriffe im Netz zu nehmen, indem sie Angegriffene stärken, Zuschauende aktivieren und Angreifenden Grenzen setzen. Am 22. August fiel der Startschuss.

Bis Mitte November 2019 können Unterstützer*innen nun auf der von Campact betriebenen Plattform WeAct unterschreiben und den Kampagnenauftrag sowie die Mitmachmöglichkeiten über ihre eigenen Social-Media-Kanäle verbreiten. Wer stets über den aktuellen Stand informiert bleiben möchte, folge den Social Media Kanälen von #NetzohneHass auf Facebook, Twitter und Instagram. Unterschreiben kann man*frau die Petition auch über die Kampagnenhomepage www.netzohnehass.de.

Hier können sich Interessierte außerdem dafür fit machen, sich bei Hassangriffen sinnvoll einzumischen. Sie finden Tipps & Tricks gegen Hass im Netz, Links zu Beratungsstellen, Informationen über die LOVE-Storm-Trainings, Trainingstermine mit Anmelde-link und die Möglichkeit, Hassangriffe zu melden. Zusätzlich können sich die Unterzeichner*innen über Aktionsgruppen in den Messenger-Diensten Telegram und WhatsApp sowie auf Facebook alarmieren lassen, um bei Hassvorfällen schnell zu reagieren. Nicht zuletzt können sie über eine Spenden-seite die Kampagne auch finanziell unterstützen.

LOVE-Storm führt die Kampagne gemeinsam mit Ali Can, Berghof Foundation, IPPNW, Courage Office und dem Liebe wen Du willst e.V. durch. „Ziel ist es, das Internet wieder zu einem Ort der freien Rede zu machen. Denn Hassangriffe bringen Menschen im Netz zum Verstummen“, erklärt LOVE-Storm-Projektleiter Björn Kunter.

Studie: Hass würgt die demokratische Debatte ab

Dies konnte zuletzt die im Juli 2019 erschienene bundesweite, repräsentative Untersuchung „Hass im Netz – der schleichende Angriff auf unsere Demokratie“ empirisch belegen, die Campact e.V. ge-

meinsam mit Das NETTZ, dem No Hate Speech Movement Deutschland und Gesicht Zeigen! beim Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Auftrag gegeben hatte. 40 Prozent der Befragten hatten Hate Speech im Internet bereits wahrgenommen und mehr als die Hälfte der Befragten (54 Prozent) gaben an, sich aufgrund (drohender) Hasskommentare seltener mit ihrer politischen Meinung in Diskussionen im Netz einzubringen.

Angriff einer gut organisierten Minderheit

„So wurde und wird nach unserer Auffassung der Boden bereitet für den Stimmenfang der AfD, für Anschläge und Straßenterror“, erläutert Björn Kunter. Es ist vor allem eine kleine organisierte Minderheit, die den Hass schürt. Nach einer Untersuchung von 1,2 Millionen Likes unter Hasskommentaren bei Facebook waren nur 5 Prozent der Hasskommentator*innen für die Hälfte aller Likes verantwortlich. Diese führen über Algorithmen dazu, dass sich Hasskommentare verbreiten (ISD 2018). Eine hasserfüllte Minderheit versucht also, die Meinungshegemonie vorzutäuschen. Das bekannteste Beispiel hierfür ist das TV-Kanzlerduell 2017 zwischen Angela Merkel und Martin Schulz. Nach Recherchen des Online-Magazins BuzzFeed bereitete sich seinerzeit die rund 100-köpfige, geheime Chatgruppe „Reconquista Germanica“ auf die Live-Sendung mit Memes, Fotos und Videos vor. Während der Sendung posteten 388 Accounts sagenhafte 202.000 Tweets unter dem Hashtag #Verräterduell, um so die Deutungshoheit über das wichtigste TV-Ereignis des Wahlkampfs zu erlangen.

Kampagne will Gegengewicht aufbauen

„Die Übermacht solcher Kommentare schreckt viele Nutzer*innen ab, ihre politische Meinung weiterhin online zu vertreten“, sagt Björn Kunter. „Das sehen wir als ernstes Problem für unsere Demokratie.“ LOVE-Storm arbeitet deshalb mit Hochdruck daran, dass möglichst viele Menschen in den nächsten Wochen die Kampagne unterzeichnen, sich in



LOVE-Storm-Aktionsgruppe-gegen-Hasskommentare
LOVE-Storm bietet in diesem Herbst auch viele Termine für Online-Trainings: www.love-storm.de

Hass-Gegenrede trainieren lassen und an Aktionen gegen Hassangriffe beteiligen. LOVE-Storm unterstützt die Kampagne mit bis zu 200 kostenlosen Trainings für Online-Zivilcourage.

STUDIEN:

„Hass auf Knopfdruck - Rechtsextreme Trollfabriken und das Ökosystem koordinierter Hasskampagnen im Netz“ (ISD 2018) http://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2018/07/ISD_Ich_Bin_Hier_2.pdf

„Hass im Netz: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie“

https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2018/10/Hass_im_Netz_Version_04.10.2018.pdf

Beate Achilles ist Mitarbeiterin von LOVE-Storm.

„Frieden ist eine Kunst. Kultur, Konflikt und Widerstand“

Hintergrund- u. Diskussionspapier Nr. 65, Juni 2019, 75 Seiten, 9,90 Euro

Die Dokumentation der gleichnamigen Tagung vom April 2019 enthält Beiträge zu verschiedenen Kunstformen und deren Beitrag zur konstruktiven, gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten, z.B. Protestlieder, Deserteurs- und Friedensdenkmäler, Antikriegsgraffiti, Straßentheater und das Theater der Unterdrückten, genähte Bilder (Arpilleras) und Malerei.

War Resisters' International

Antimilitarismus in Bewegung

Stephan Brües



Das Straßentheater in Bogotá. Foto: Stephan Brües

Die Konferenz des Lateinamerikanischen Antimilitaristischen Netzwerks (RAMALC), verschiedener kolumbianischer Friedensgruppen und der War Resisters' International (WRI) vom 30. Juli bis 2. August in Bogotá (Kolumbien) war eine intensive, von bis zu 150 Teilnehmenden besuchte Veranstaltung. Die WRI ist ein internationales Netzwerk von pazifistischen und antimilitaristischen Gruppen, das sich alle vier Jahre zu einer großen Versammlung trifft.

Das Motto „Antimilitarismus in Bewegung“ beschrieb den Versuch, die Diversität der globalen Probleme und insbesondere jener in Lateinamerika zu analysieren und im Verbund mit den anwesenden Gruppen über direkte gewaltfreie Aktionen, Informationen, Lobbyarbeit und Forschung zu verändern.

Um diese Komplexität abzubilden, wurden drei thematische Bereiche abgesteckt: Nachhaltiger Frieden, Gerechter Frieden und Frieden (in) der Diversität.

In diesen Themenbereichen wurden die verschiedenen Formen des Militarismus und der Militarisierung in den verschie-

denen Kontexten (Landverteilung, Extraktivismus und Umweltzerstörung, Migration, Diskriminierung usw.) an konkreten Beispielen aufgezeigt (z.B. Kolumbien, Mexiko, Südsudan, Western-Sahara, West-Papua). Methodologisch war es den Organisator*innen wichtig, die verschiedenen anwesenden Gruppen zusammenzubringen, damit sie gemeinsame konkrete Projekte in den vier (sich z.B. überlappenden) Aktionsformen (Kommunikation, Lobbyarbeit, Bildung, Forschung) entwickeln können.

Es kann an dieser Stelle nicht alles, was in dieser dreitägigen Konferenz entstanden ist, vorgestellt werden: Ein paar konkrete Ergebnisse der mehr als ein Dutzend Arbeitsgruppen seien hier als Beispiele benannt:

- Trainingsseminare zu Antimilitarismus und Jugend in Mexiko, Bolivien und Kolumbien, geplant für November, Dezember 2019 bzw. Januar 2020;
- weitere Vernetzung von antimilitaristischen Gruppen mit anderen inhaltlich nahe stehenden Gruppen (z.B. Antirassismus, Antikapitalismus, Feminismus, Ökologie);
- Verbreiterung der Arbeit gegen Waffenmessen und alles, was die Industrie des Todes antreibt;
- eine Kampagne, die die Waffenexporte an die indonesischen Polizei- und Militärkräfte problematisiert, da mit ihnen Menschenrechtsverletzungen in West-Papua begangen werden. (Hier ist Deutschland stark beteiligt, was aber in jüngerer Zeit in der Kampagne „Aktion Aufschrei“ nur wenig angesprochen wurde.)

Beeindruckend war in jedem Fall die Vielfalt und Kreativität der Gruppen aus Lateinamerika, insbesondere auch Kolumbiens.

Diese zeigte sich in der die Konferenz beendenden öffentlichen Straßenperformance, die Estefanía Gómez (Mitglied in der neuen WRI-Sektion Cuerpo Con-

Siente und neu gewähltes Mitglied im Exekutivrat der WRI) entwickelt hatte: Militär, Konzerne und ihre ‚Hunde‘ als ausführende außerlegale Organe schaffen für die Menschen ein Klima aus Angst, Korruption, Zensur, Straffreiheit, Morden an Menschenrechtsverteidiger*innen usw. Sie wurden symbolisch in ein rotes Band gewickelt. Schließlich wurde ein Mann ermordet. Die Akteur*innen, die die Bevölkerung darstellen, machen darauf aufmerksam, protestieren. Nachdem die Hunde der Mächtigen sie noch einmal angegriffen haben, siegte am Ende der Performance die Hoffnung und auf Spanisch und Englisch wurde ein kurzes antimilitaristisches Manifest verkündet. Neben den Schauspieler*innen gab es ein Team von Beobachter*innen und Dokumentar*innen, die relativ kurz, aber professionell auf ihre Aufgaben während der Performance vorbereitet wurden.

2021: Die WRI wird 100

2021 feiert die WRI ihren 100. Geburtstag. Wie er begangen werden soll, ist noch nicht klar. In Bogotá wurde verabredet, dass eine Arbeitsgruppe bis Dezember 2019 evaluieren soll, ob ein Event in den Niederlanden logistisch und organisatorisch von den Niederländer*innen bzw. Aktiven aus den Nachbarländern gestaltet werden kann. Plan B wäre ein Event in London. Eine solche Feier soll begleitet werden von einem Offenen Ratstreffen, also nicht von einer, v.a. durch Wahlen gekennzeichnete Versammlung (assembly).

Die neuen und vielfach jüngeren Aktiven, die die WRI nun fortentwickeln werden, haben viel Energie und Kreativität versprüht. Es bleibt zu hoffen, dass diese Energie über die Zeit fortwirkt.

Stephan Brües ist WRI-Delegierter des BSV und Co-Vorsitzender des BSV.

„Composite Heritage“ und deutsche Identität

Wie den Konflikttrigger „deutsche Identität“ entschärfen?

Barbara Müller

Seit vielen Jahren beobachtet das Heidelberger Konfliktbarometer Konflikte in aller Welt. 2015 hat es seine Linse noch einmal verschärft und beachtet auch Konflikte, die ausschließlich von nicht-staatlichen Akteuren geführt werden. Bereits ein Jahr später, im Bericht von 2016, taucht Deutschland als ein Land in einer gewaltsamen Krise auf. Zentrales Konfliktthema: Fremdenfeindlichkeit. „Konfliktreiche Integration und aggressive Exklusion“ haben in beiden deutschen Staaten eine lange Vorgeschichte. Jüngster Auslöser für die neuerliche Eskalation war fraglos die Mobilisierung von rechts nach der Aufnahme vieler Geflüchteter im Jahr 2015.

Identität als Konflikttrigger

Identität dient als Oberbegriff für die Frage: Wer gehört zu „uns“? Antworten darauf gibt es aus vergangen geglaubten „völkischen Stereotypen“ und Vorstellungen einer „homogenen Nation“. Stärker verankert und weiter verbreitet als lange Zeit vermutet scheinen Vorstellungen zu sein, Deutsche teilten Abstammung und Herkunft - und folglich auch Aussehen Ansichten, Werte, Symbole und Traditionen und würden einander an der gemeinsamen Sprache erkennen.¹ In der Wahrnehmungsblase der Mehrheitsgesellschaft kommen die als Deutsche nicht vor, die in Deutschland geboren und aufgewachsen und längst Teil dieser Gesellschaft sind, die aber nicht genauso aussehen wie die meisten und deren Namen man nicht auf Anhieb aussprechen kann. Sie bleiben die „Anderen“, Ziel einer zunehmend sozial ausgrenzenden Mobilisierung von Rechts, die konkret Gestalt annimmt in Forderungen nach einer Staatsbürgerrente ausschließlich für Deutsche, die ausländische Arbeitnehmer*innen entlang ihrer nationalen Identität ausschließt.² „Von den 23 Millionen Rentnern werden 2.500.000 Rentner ohne deutschen Pass herausgerechnet“, heißt es im Rentenpapier der AfD, denen der „steuerfinanzierte

Staatsbürgeraufschlag“ verwehrt wird, der „ausschließlich an deutsche Staatsbürger ausgezahlt“ wird. Was zählt, ist also nicht die Lebensleistung der Arbeit, sondern die „richtige nationale Herkunft“ der Leistungsbezieher*innen.

Das ist die Linie, die nationale Identitäten gegeneinander in Stellung bringt und ausspielt. Es wird Zeit, eine Vorstellung eines „Wir“ zu entwickeln, in dem das Verbindende stärker ist als das Trennende. Gewaltsamer Ausschluss findet, wie das Heidelberger Konfliktbarometer dokumentiert, längst statt. Neben den vielen guten Ansätzen, die bereits existieren, könnte es lohnend sein, einen weiteren auszuprobieren, der sich im Vielvölkerstaat und Subkontinent Indien bewährt, den des „Composite Heritage“ (etwa: „zusammengesetztes Erbe“). Er zielt direkt darauf, Identität als Auslöser für Konflikteskalation zu bearbeiten. Er kann direkt in Konfliktsituationen angewandt werden. Aber er kann auch dazu genutzt werden, starre Vorstellungen von Identität zu hinterfragen. Besonders ertragreich ist er, um den Prozess zu verstehen, wie sich Identität durch Austausch mit anderen permanent wandelt und bereichert und doch - wundersamerweise - etwas sehr Eigenes bleiben kann. Eine besonders erschreckende Gewalterfahrung stand am Anfang des Weges, der zur Entwicklung von „Composite Heritage“ führte.

Explodierende Gewaltexzesse führen zum Umdenken

Im Jahr 2002 wurden über eintausend Menschen, vorwiegend Moslems, im indischen Bundesstaat Gujarat Opfer von Massakern. Für Dr. Khurshid Anwar, Leiter einer Nicht-Regierungsorganisation in New Delhi³, war diese Erfahrung der Wendepunkt in seiner bisherigen Arbeit für Entwicklung, Frieden und Menschenrechte. Er erkannte, dass Zivilgesellschaft in solchen Situationen immer zu spät kommt, nur reagieren kann, während die spaltenden Kräfte das Geschehen



Foto von einer Konferenz in Peshawar (Pakistan) über Composite Heritage. Foto: <https://www.mpiasia.net/newsresources/allnews/network-news/142-peace-conference-on-composite-heritage-a-way-towards-peace.html>

bestimmen. Mit seinen Kolleg*innen machte er sich auf die Suche nach den Gemeinsamkeiten in den so unterschiedlichen Gesellschaften Südasiens und wurde überaus reichhaltig fündig. Tänze, Spiele, Sprachen, Lyrik, Plätze gemeinsamer religiöser Anbetung, aber auch Wirtschaftsweisen, Essen und Trinken, Lebensgewohnheiten und materielle Güter gehörten als kulturelle Güter nicht nur einer, sondern wurden von allen Gemeinschaften in der Region geteilt.

Eine (ver)bindende Schnittmenge trotz Konflikt

Am Ende vieler Workshops, Gespräche und Explorationen stand das Konzept des „Composite Heritage for Peace, Harmony and Democracy“. Darin bildet sich ein Verständnis eines gemeinsamen, zusammengesetzten Erbes ab, das in einer Gesellschaft vorhanden ist und das in Richtung auf Frieden, Harmonie und Demokratie in einer Gesellschaft wirken kann.

Mit dem Konzept von „Composite Heritage“ halfen die Aktivist*innen in Indien den Betroffenen zu verstehen, wie in einem wirksamen Machtspiel „Identitäten“ gegeneinander ausgespielt werden. In vielen Gegenden dieses so verschiede-

¹ Brigitte Hasenjürgen, Demokratische Migrationsgesellschaft: Zusammenleben neu aushandeln, in: APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Alle Ausgaben des Jahrgangs 2013, hrsg. v. bpb (63. Jahrgang) 2013, 29.

² Interview Stephan Hebel mit Rentenexperten Gerd Bosbach über das Rentenkonzept der Thüringischen AfD.

³ Institute for Social Democracy, <https://www.isd.net.in>

denartigen Landes wurde das Konzept inzwischen zur Prävention als auch zur Deeskalation und Beendigung blutiger Auseinandersetzungen eingesetzt.

Denn mit „Composite Heritage“ konnten die Menschen entdecken, dass das, was sie als das eigene kulturelle Erbe wahrgenommen hatten, lebendig ist und sich ständig verändert und sich aus dem Austausch und der Begegnung mit anderen Kulturen entwickelt. Diese Erkenntnis nahm interessanterweise dem „eigenen“ Erbe nichts von seiner Identität stiftenden Kraft, im Gegenteil. Die Anerkennung dieser schlichten Erfahrung ermöglichte es vielmehr, das Anderssein von Anderen zu erkennen und als Beitrag in einer gelebten Beziehung zu würdigen. Dem war vorausgegangen, dass man das eigene vielfältige kulturelle Erbe erkannt und gewürdigt hatte.

Gerade wer die Mobilisierung entlang von gefühlsgeladenen Identitätszuschreibungen als das entlarven will, was sie sind: machtvoller Trigger in Konflikten um Einschluss und Ausschluss, Macht und Verteilung von Zukunftschancen, tut sich leichter, an dieser Stelle selber entspannt zu sein. Geschützte Rahmen wie „Composite Heritage“ Workshops, aber auch die direkte Anwendung von „Composite Heritage“ in Konfliktkontexten können hier eine hilfreiche neue Ressource sein.

Die Autorin, Dr. Barbara Müller, Moderatorin, Coach und Friedens- und Konfliktforscherin, hat „Composite Heritage“ als Co-Moderatorin von drei ASHA-Workshops (Advanced Social-Historical Analysis) miterlebt.

Das Fachgespräch wird gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des BMZ im Rahmen des Projekts „Think Peace“.



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Syrien zuhören – Zivilgesellschaft zwischen Krieg und Frieden

Samstag, 12. Oktober 2019, 10:30 – 17:00 Uhr

DJH Jugendgästehaus Adolph Kolping, Silberstraße 24 – 26, Dortmund

Wie können wir den Krieg in Syrien verstehen? Welche Möglichkeiten gibt es, endlich Frieden zu schaffen? Was können wir von hier aus für die Menschen in Syrien tun? Und wie sehen das überhaupt die Menschen vor Ort? Syrien zuhören – diesen Titel wollen wir wörtlich nehmen und im Rahmen unseres Fachgesprächs drei Menschen zu Wort kommen lassen, die aus Syrien stammen und uns die Konflikte und mögliche Zukunftsperspektiven Syriens näherbringen werden. Mit ihnen wollen wir uns darüber austauschen, welche Möglichkeiten die syrische Zivilgesellschaft und die syrische Diaspora haben und wie die deutsche Zivilgesellschaft sie in ihrer Arbeit unterstützen kann. Das Fachgespräch richtet sich insbesondere an Multiplikator*innen aus dem Bildungsbereich, weitere Interessierte sind aber herzlich willkommen.

Wegen begrenzter Platzzahl bitten wir um vorherige Anmeldung, gerne per Mail an info@soziale-verteidigung.de oder per Telefon unter 0571-20 456.

Teilnahmegebühr: 10,- Euro.

Das Gespräch findet in deutscher Sprache statt.

Programm

10:30 Uhr Begrüßung, Einführung | Elise Kopper (BSV)

11:00 Uhr Input: Wiederaufbau in Syrien | Samer al-Hakim, Adopt a Revolution

11:30 Uhr Input: Die Situation in Nordsyrien (Rojava) | Nuzat Khalil, Göttingen

12:00 Uhr Input: Die Rolle der Frauen | Mariana Karkoutly, Adopt a Revolution

12:30 Uhr *Mittagspause*

13:15 Uhr Drei parallele Workshops mit den Referent*innen

14:45 Uhr *Pause*

15:00 Uhr Schlussgespräch: Was nehmen wir als deutsche Zivilgesellschaft mit? Mit allen Referent*innen

16:30 Uhr Auswertung des Tages

17:00 Uhr Ende